

Politische Rundschau.

1) Vom spanisch-amerikanischen Kriege.
Die Kämpfe der feindlichen Flotten wurden bis zum letzten Augenblick immer noch erwartet". Am Sonntag sollte es in der Nähe der Philippinen zum ersten Zusammenstoß kommen.

Der nordamerikanische Admiral Sampson hat den Befehl erhalten, in größter Ausdehnung alle Küstensäume Cubas mit Einschluß Havannas sofort zu bombardieren. Er hat damit gegen Matanzas den Anfang gemacht und durch 88 Schüsse die dort von den Spaniern neu angelegten Befestigungen zerstört.

Bei der Beschießung von Matanzas sollen die Spanier (nach amerikanischen Berichten) "große Verluste" erlitten haben; die Spanier geben an, daß ihnen nur ein Maulesel getötet worden sei.

Drei große Magazine in Gaffton (Pennsylvania), welche Sprengstoffe für die Regierung enthielten, sind am Freitag nachmittag in die Luft gesprengt. Zwei Personen wurden getötet, eine Angestellte verwundet; mehrere werden vermisst. Man nimmt an, daß die Explosion von spanischen Spionen veranlaßt worden ist, da man in den letzten Zeit verdächtige Personen in der Umgebung der Magazine beobachtet hat.

Von den spanischen Behörden ist damit begonnen worden, die Häfen der Inseln Cuba und Portorico sowie der Philippinen durch Torpedolinien zu sperren. Nach Ausführung dieser Maßregel kann daher die Einfahrt in die genannten Häfen nur unter Führung der Hafenträger bewerkstelligt werden, welche sich auf der Außenseite der Verteidigungslinien aufhalten werden, um den Schiffen den Weg zu zeigen. Ferner werden die obersten Behörden der Insel Cuba und Portorico sowie der Philippinen die Befestigung der Seegesetze und die Auslösung der Leuchtfächer anordnen, sobald diese Maßregeln zur Verteidigung der ihnen unterstehenden Gebiete erforderlich werden.

Die Kommission der cubanischen Kolonialregierung, welche sich in das Lager der Aufständischen begeben hatte, um mit diesen zu verhandeln, ist von dort noch nicht zurückgekehrt. Selbst in Regierungskreisen heißt es, daß die Anstrengungen, einen Frieden mit den Aufständischen zu schließen, keinen Erfolg gehabt hätten. Der Oberstkommandierende der amerikanischen Truppen Miles hatte am Mittwoch Befehlshungen mit Beitreten der Aufständischen. Den Vernehmten nach sollen die legeren von den Ver. Staaten Waffen gefestigt bekommen.

Deutschland.

Die Truppenbesitzungen auf dem Tempelhofer Felde durch den Kaiser haben am Donnerstag begonnen. Das 2. Garde-Regiment z. F. und das Königin Augusta Garde-Grenadier-Regiment Nr. 4 wurden als erste Regimenter der Garde-Infanterie vorgestellt.

Laut amtlicher Mitteilung hat ein Teil des deutschen Kreuzergeschwaders in Ostasien Befehl erhalten, sich nach Manila (Philippinen) zu begeben, um die dortigen deutschen Interessen zu schützen.

Neuerdings ist in der Presse wieder davon die Rede gewesen, daß die Befreiung des Reichstages über die Militärstrafrechtsreform hinausgeschoben werden müsse. Dazu liegt indessen kein ausreichender Grund vor. Nachdem die Frage des obersten Gerichtshofs aus dem eigentlichen Entwurf über die Militärstrafrechtsreform ausgeschieden ist, kann der Reichstag natürlich den Entwurf im übrigen erledigen, ohne Mängel darzu, ob die Frage des obersten Gerichtshofes schon entschieden ist.

Der Schluß des Reichstags ist jetzt für Freitag, 6. Mai, in Aussicht genommen. Nach Erledigung der kleineren Soden und der Novelle zur Strafprozeßordnung würde in den letzten Tagen die dritte Beratung der Militärstrafrechtsreform stattfinden.

* Die 6. Kommission des Reichstags hat den

Bericht über die Entwürfe eines Gesches bez. Änderungen des Gerichtsverfassungsgesetzes und der Strafprozeßordnung, eines Gesetzes betr. Änderungen der Strafprozeßordnung, eines Einführungsgesetzes zum Gesetz betr. Änderungen der Strafprozeßordnung, ausgegeben. Dieselbe beantragt, den vorgelegten Gesetzentwurfen in der aus der Zusammenstellung erschienenen Fassung die verfassungsmäßige Genehmigung zu erteilen.

Oesterreich-Ungarn.

Die gesamte Presse bepricht die Erklärung des Ministerpräsidenten Grafen Thun und Taxis, der fast einstimmig, daß der Befehl der Regierung und der liberalen Parteileitung fälschlich war, weil die letztere unter dem Einfluß des Generals Ribaraz durchweg Milan feindlich gesinnte Standarten aufstellte. Milan bringt nunmehr auf die Beschuldigung von Ribaraz unter irgend einem Vorwande. Alles dies geschieht hinter dem Rücken des Königs Alexander, der, wie die Rm. Stg. meldet, formell gefangen gehalten wird.

Misrak.

* Frankreich beabsichtigt, drei Kreuzer nach den Antillen zu schicken.

Italien.

Wie italienische Blätter melden, hat die Königin Regentin von Spanien den Papst um seinen Segen für sich und ihre Armee gebeten. Der päpstliche Segen wurde ihr auch gespendet, jedoch mußte der Nunzio, der ihn übertrug, der hohen Frau ausdrücklich erklären, daß der Segen nur ihrer Person, nicht aber auch ihrer Armee gälte. Wie die zum Battalion in Verbindung stehende "Italia" hinzufügt, hat der Kardinal-Schatzmeister Rompolo die Geschäftigkeit annehmen lassen, weder für den Sieg der Spanier, noch für den der Amerikaner, sondern nur für die baldige Beendigung des Krieges zu beten.

In Varese wurden am Donnerstag Kundgebungen für eine Heraussetzung des Brotpreises veranstaltet, in deren Folge es zu ersten Ausschreitungen kam. An den Kundgebungen beteiligten sich 2000 Personen, unter denen sich auch Frauen und Kinder befanden. Die Manifestanten legten die Bölläder in Brand, drangen in das städtische Steuerbüro ein und verbrieten die Papiere. Sie vernichteten die öffentlichen Gärten und zerstörten die Laternen, Versuche, in die Wohnung des Bürgermeisters und in die Gefängnisse einzudringen, wurden von den Truppen bereitet. Etwa 50 Personen wurden verhaftet. Auch in Faenza haben Unruhen wegen der Brotpreise stattgefunden.

Italien.

* Für den Bau der sibirischen Eisenbahn sind nach den Novellen 377 Millionen angewiesen, 326 Millionen sind bereits ausgezahlt. Ferner wurden 12 Millionen für Arbeiten zur Auffrischung und Aktivierung des Landes verausgabt.

Frankreich.

Nach einer der "Polit. Stz." aus Athen angehenden Meldung haben die Admirale der Geschwader in den französischen Gewässern beschlossen, demnächst mit der Wiedereinführung der in die Städte geschickten Moschamedaner in den Besitz ihrer Güter und Güter in den Dörfern zu beginnen. Vorläufige Verhandlungen, die hierüber mit den Führern der christlichen Kreuze geflossen waren, blieben unbestimmt bestehen, daß diese Maßnahmen auf keinen Widerstand bei den Christen stoßen dürften. — Das scheint doch eine allzuflüssige Auffassung, wurde jedoch, falls sie sich bestätigt, die Möglichkeit einer Lösung der feindseligen Krise erheblich näher rücken. Denn gerade der Hass zwischen Christen und Moschamedanern und der sich daraus ergebende Vernichtungskampf, der die Christen der Christen in den Städten und der Moschamedaner auf dem Lande der Vernichtung preisgegeben, blieb bisher im Grunde das Haupthindernis für eine Belebung der Isolierung. Ist dieses Hindernis beseitigt, dann bietet die Einführung der Selbst-

verwaltung der Insel wohl nur noch verhältnismäßig geringe Schwierigkeiten.

* Die Lage in Serbien geklärt sich immer vermögender. Zwischen der Regierung und der liberalen Parteileitung fand es zum Bruch, weil die letztere unter dem Einfluß des Generals Ribaraz durchweg Milan feindlich gesinnte Standarten aufstellte.

Abg. Benoit (fr. Bdg.) beantragt, es bei dem Bruch der Kommission zu belassen. Abg. Bozé (freikons.) schließt sich dem Antrage Benoit an.

Ein Antrag der Abgeordneten Benoit und Ritter, die Abstimmung auszugehen, wird abgelehnt. Darauf besiegt.

Abg. Benoit die Beschlusshilflosigkeit des Hauses.

Der Namensauftrag ergibt die Ausweitung von nur 149 Mitgliedern. Das Haus ist somit nicht beschlußfähig, die Sitzung muß abgebrochen werden.

Schluss 2 Uhr 55 Minuten.

Die nächste Sitzung wird um 3 Uhr 5 Minuten eröffnet.

Auf der Tagesordnung stehen zunächst Kommissionsberichte über Petitionen.

Eine Petition der Erhöhung der Kontingenzabzüge von Baderabgaben, wird auf Antrag des Abg. Bauché zur Berücksichtigung überwiesen.

Neben einer Petition betr. Regelung der gewerblichen Verhältnisse der Bahnfunkler, geht das Haus zur Tagesordnung über; ebenso über eine Petition betr. die internationale Bekämpfung des Malaria-

hant. Es folgt die zweite Beratung des Antrages Vaasche über die Besteuerung von Saccharin und verwandten Süßstoffen.

Nach § 1 des Antrages gelten als künstliche Süßstoffe alle auf künstlichem Wege gewonnene Stoffe, die als Süßmittel dienen können und eine höhere Süßkraft als rohster Rohr- oder Rübenzucker, aber nicht entzündenden Süßmittel besitzen.

Abg. Vuarn (soz.) erklärt, seine Freunde würden für den Antrag stimmen.

Abg. Grafscholberg (kons.) tritt für den Antrag ein.

Abg. Rödiger (wld.) beantragt um Annahme des Antrages.

Abg. Rödiger (wld.) erklärt sich im Interesse der Bierbrauerei für den Antrag, da in der Brauerei gerade die Verwendung des Saccharins großen Umfang angenommen habe. Man darf mit Hilfe des Saccharins ein billiges Getränk her und schädige damit nicht gerade die kleinen Brauereien empfindlich.

Abg. Schwartze (zentr.) bitte ebenfalls um Annahme des Antrages.

Demnächst schließt die Diskussion. — Vor der Abstimmung erklärt.

Abg. Hermès, er halte den Antrag für so wichtig, daß er denselben nicht von einem beschlußfähigen Hause zur Annahme bringen lassen könne. Er beweist deshalb die Beschlusshilflosigkeit.

Präf. Fr. v. Buol erwidert, er könne diesem Zweifel nicht entgegentreten, halte es aber auch nicht für erforderlich, einen Namenklaus vornehmen zu lassen, sondern schlage vor, die Sitzung abzubrechen. Da kein Widerspruch erfolgt, schließt der Präsident die Sitzung.

Petitionsbericht.
Am Donnerstag geht das Herrenhaus die Petitionsberatung fort. Zum Gut des Staatsministeriums beantragt Graf Mirbach eine Resolution: die Regierung zu erlauben, beim Bundesrat nachdrücklich dafür einzutreten, daß bei künftigen Gesetzen im Reichstag jeder Beruf, auf dem Gebiete der direkten Steuern in die Rechte der Einzelhaaten einzutreten, seitens der verbündeten Regierungen mit Gütekennzeichen zurückerwünscht werde. Dr. Reichsgraf erläuterte, der Antrag habe nur akademische Bedeutung.

Das Herrenhaus befindet am Freitag die Staatsberatung fort. Zum Gut des Staatsministeriums beantragt Graf Mirbach eine Resolution: die Regierung zu erlauben, beim Bundesrat nachdrücklich dafür einzutreten, daß bei künftigen Gesetzen im Reichstag jeder Beruf, auf dem Gebiete der direkten Steuern in die Rechte der Einzelhaaten einzutreten, seitens der verbündeten Regierungen mit Gütekennzeichen zurückerwünscht werde. Dr. Reichsgraf erläuterte, der Antrag habe nur akademische Bedeutung.

Das Herrenhaus befindet am Freitag die Staatsberatung fort. Zum Gut des Staatsministeriums beantragt Graf Mirbach eine Resolution: die Regierung zu erlauben, beim Bundesrat nachdrücklich dafür einzutreten, daß bei künftigen Gesetzen im Reichstag jeder Beruf, auf dem Gebiete der direkten Steuern in die Rechte der Einzelhaaten einzutreten, seitens der verbündeten Regierungen mit Gütekennzeichen zurückerwünscht werde. Dr. Reichsgraf erläuterte, der Antrag habe nur akademische Bedeutung.

Am Freitag geht das Herrenhaus die Staatsberatung fort. Zum Gut des Staatsministeriums beantragt Graf Mirbach eine Resolution: die Regierung zu erlauben, beim Bundesrat nachdrücklich dafür einzutreten, daß bei künftigen Gesetzen im Reichstag jeder Beruf, auf dem Gebiete der direkten Steuern in die Rechte der Einzelhaaten einzutreten, seitens der verbündeten Regierungen mit Gütekennzeichen zurückerwünscht werde. Dr. Reichsgraf erläuterte, der Antrag habe nur akademische Bedeutung.

Am Freitag geht das Herrenhaus die Staatsberatung fort. Zum Gut des Staatsministeriums beantragt Graf Mirbach eine Resolution: die Regierung zu erlauben, beim Bundesrat nachdrücklich dafür einzutreten, daß bei künftigen Gesetzen im Reichstag jeder Beruf, auf dem Gebiete der direkten Steuern in die Rechte der Einzelhaaten einzutreten, seitens der verbündeten Regierungen mit Gütekennzeichen zurückerwünscht werde. Dr. Reichsgraf erläuterte, der Antrag habe nur akademische Bedeutung.

Am Freitag geht das Herrenhaus die Staatsberatung fort. Zum Gut des Staatsministeriums beantragt Graf Mirbach eine Resolution: die Regierung zu erlauben, beim Bundesrat nachdrücklich dafür einzutreten, daß bei künftigen Gesetzen im Reichstag jeder Beruf, auf dem Gebiete der direkten Steuern in die Rechte der Einzelhaaten einzutreten, seitens der verbündeten Regierungen mit Gütekennzeichen zurückerwünscht werde. Dr. Reichsgraf erläuterte, der Antrag habe nur akademische Bedeutung.

Am Freitag geht das Herrenhaus die Staatsberatung fort. Zum Gut des Staatsministeriums beantragt Graf Mirbach eine Resolution: die Regierung zu erlauben, beim Bundesrat nachdrücklich dafür einzutreten, daß bei künftigen Gesetzen im Reichstag jeder Beruf, auf dem Gebiete der direkten Steuern in die Rechte der Einzelhaaten einzutreten, seitens der verbündeten Regierungen mit Gütekennzeichen zurückerwünscht werde. Dr. Reichsgraf erläuterte, der Antrag habe nur akademische Bedeutung.

Am Freitag geht das Herrenhaus die Staatsberatung fort. Zum Gut des Staatsministeriums beantragt Graf Mirbach eine Resolution: die Regierung zu erlauben, beim Bundesrat nachdrücklich dafür einzutreten, daß bei künftigen Gesetzen im Reichstag jeder Beruf, auf dem Gebiete der direkten Steuern in die Rechte der Einzelhaaten einzutreten, seitens der verbündeten Regierungen mit Gütekennzeichen zurückerwünscht werde. Dr. Reichsgraf erläuterte, der Antrag habe nur akademische Bedeutung.

Am Freitag geht das Herrenhaus die Staatsberatung fort. Zum Gut des Staatsministeriums beantragt Graf Mirbach eine Resolution: die Regierung zu erlauben, beim Bundesrat nachdrücklich dafür einzutreten, daß bei künftigen Gesetzen im Reichstag jeder Beruf, auf dem Gebiete der direkten Steuern in die Rechte der Einzelhaaten einzutreten, seitens der verbündeten Regierungen mit Gütekennzeichen zurückerwünscht werde. Dr. Reichsgraf erläuterte, der Antrag habe nur akademische Bedeutung.

Am Freitag geht das Herrenhaus die Staatsberatung fort. Zum Gut des Staatsministeriums beantragt Graf Mirbach eine Resolution: die Regierung zu erlauben, beim Bundesrat nachdrücklich dafür einzutreten, daß bei künftigen Gesetzen im Reichstag jeder Beruf, auf dem Gebiete der direkten Steuern in die Rechte der Einzelhaaten einzutreten, seitens der verbündeten Regierungen mit Gütekennzeichen zurückerwünscht werde. Dr. Reichsgraf erläuterte, der Antrag habe nur akademische Bedeutung.

Am Freitag geht das Herrenhaus die Staatsberatung fort. Zum Gut des Staatsministeriums beantragt Graf Mirbach eine Resolution: die Regierung zu erlauben, beim Bundesrat nachdrücklich dafür einzutreten, daß bei künftigen Gesetzen im Reichstag jeder Beruf, auf dem Gebiete der direkten Steuern in die Rechte der Einzelhaaten einzutreten, seitens der verbündeten Regierungen mit Gütekennzeichen zurückerwünscht werde. Dr. Reichsgraf erläuterte, der Antrag habe nur akademische Bedeutung.

Am Freitag geht das Herrenhaus die Staatsberatung fort. Zum Gut des Staatsministeriums beantragt Graf Mirbach eine Resolution: die Regierung zu erlauben, beim Bundesrat nachdrücklich dafür einzutreten, daß bei künftigen Gesetzen im Reichstag jeder Beruf, auf dem Gebiete der direkten Steuern in die Rechte der Einzelhaaten einzutreten, seitens der verbündeten Regierungen mit Gütekennzeichen zurückerwünscht werde. Dr. Reichsgraf erläuterte, der Antrag habe nur akademische Bedeutung.

Am Freitag geht das Herrenhaus die Staatsberatung fort. Zum Gut des Staatsministeriums beantragt Graf Mirbach eine Resolution: die Regierung zu erlauben, beim Bundesrat nachdrücklich dafür einzutreten, daß bei künftigen Gesetzen im Reichstag jeder Beruf, auf dem Gebiete der direkten Steuern in die Rechte der Einzelhaaten einzutreten, seitens der verbündeten Regierungen mit Gütekennzeichen zurückerwünscht werde. Dr. Reichsgraf erläuterte, der Antrag habe nur akademische Bedeutung.

Am Freitag geht das Herrenhaus die Staatsberatung fort. Zum Gut des Staatsministeriums beantragt Graf Mirbach eine Resolution: die Regierung zu erlauben, beim Bundesrat nachdrücklich dafür einzutreten, daß bei künftigen Gesetzen im Reichstag jeder Beruf, auf dem Gebiete der direkten Steuern in die Rechte der Einzelhaaten einzutreten, seitens der verbündeten Regierungen mit Gütekennzeichen zurückerwünscht werde. Dr. Reichsgraf erläuterte, der Antrag habe nur akademische Bedeutung.

Am Freitag geht das Herrenhaus die Staatsberatung fort. Zum Gut des Staatsministeriums beantragt Graf Mirbach eine Resolution: die Regierung zu erlauben, beim Bundesrat nachdrücklich dafür einzutreten, daß bei künftigen Gesetzen im Reichstag jeder Beruf, auf dem Gebiete der direkten Steuern in die Rechte der Einzelhaaten einzutreten, seitens der verbündeten Regierungen mit Gütekennzeichen zurückerwünscht werde. Dr. Reichsgraf erläuterte, der Antrag habe nur akademische Bedeutung.

Am Freitag geht das Herrenhaus die Staatsberatung fort. Zum Gut des Staatsministeriums beantragt Graf Mirbach eine Resolution: die Regierung zu erlauben, beim Bundesrat nachdrücklich dafür einzutreten, daß bei künftigen Gesetzen im Reichstag jeder Beruf, auf dem Gebiete der direkten Steuern in die Rechte der Einzelhaaten einzutreten, seitens der verbündeten Regierungen mit Gütekennzeichen zurückerwünscht werde. Dr. Reichsgraf erläuterte, der Antrag habe nur akademische Bedeutung.

Am Freitag geht das Herrenhaus die Staatsberatung fort. Zum Gut des Staatsministeriums beantragt Graf Mirbach eine Resolution: die Regierung zu erlauben, beim Bundesrat nachdrücklich dafür einzutreten, daß bei künftigen Gesetzen im Reichstag jeder Beruf, auf dem Gebiete der direkten Steuern in die Rechte der Einzelhaaten einzutreten, seitens der verbündeten Regierungen mit Gütekennzeichen zurückerwünscht werde. Dr. Reichsgraf erläuterte, der Antrag habe nur akademische Bedeutung.

Am Freitag geht das Herrenhaus die Staatsberatung fort. Zum Gut des Staatsministeriums beantragt Graf Mirbach eine Resolution: die Regierung zu erlauben, beim Bundesrat nachdrücklich dafür einzutreten, daß bei künftigen Gesetzen im Reichstag jeder Beruf, auf dem Gebiete der direkten Steuern in die Rechte der Einzelhaaten einzutreten, seitens der verbündeten Regierungen mit Gütekennzeichen zurückerwünscht werde. Dr. Reichsgraf erläuterte, der Antrag habe nur akademische Bedeutung.

Am Freitag geht das Herrenhaus die Staatsberatung fort. Zum Gut des Staatsministeriums beantragt Graf Mirbach eine Resolution: die Regierung zu erlauben, beim Bundesrat nachdrücklich dafür einzutreten, daß bei künftigen Gesetzen im Reichstag jeder Beruf, auf dem Gebiete der direkten Steuern in die Rechte der Einzelhaaten einzutreten, seitens der verbündeten Regierungen mit Gütekennzeichen zurückerwünscht werde. Dr. Reichsgraf erläuterte, der Antrag habe nur akademische Bedeutung.

Am Freitag geht das Herrenhaus die Staatsberatung fort. Zum Gut des Staatsministeriums beantragt Graf Mirbach eine Resolution: die Regierung zu erlauben, beim Bundesrat nachdrücklich dafür einzutreten, daß bei künftigen Gesetzen im Reichstag jeder Beruf, auf dem Gebiete der direkten Steuern in die Rechte der Einzelhaaten einzutreten, seitens der verbündeten Regierungen mit Gütekennzeichen zurückerwünscht werde. Dr. Reichsgraf erläuterte, der Antrag habe nur akademische Bedeutung.

Der verstohlene Sohn.

